

## Terminkalender

### Klausuren

8./9. Januar

Klausur der Landtagsfraktion DIE LINKE, Banzkow

12./13. Januar

Klausur der Bundestagsfraktion DIE LINKE, Frankfurt am Main

### Bundestagsberatungen

14. Januar

Sondersitzung

19. bis 23. Januar

26. bis 29. Januar

9. bis 13. Februar

2. bis 6. März

### Rente/Gesundheit

21. Januar

Anhörung zur Gendiagnostik, Berlin, Bundestag

24. Januar

Rentengipfel in Rostock, Stadthalle

### Landesparteitag

21. Februar

Göhren-Lebbin

### Bundestagsbüro

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: 030.22770067

Fax: 030.22776076

[martina.bunge@bundestag.de](mailto:martina.bunge@bundestag.de)

### Wahlkreisbüros

in Wismar, Rostock, Parchim, Lütz, Grevesmühlen und Gadebusch

Kontakt über

Lübsche Straße 97

23966 Wismar

Telefon: 03841.3265993

Fax: 03841.3265994

Björn Griese

Mobil: 0173.2140583

[martina.bunge@wk.bundestag.de](mailto:martina.bunge@wk.bundestag.de)

Rainer Raeschke

Mobil: 0172.3201859

[martina.bunge@wk2.bundestag.de](mailto:martina.bunge@wk2.bundestag.de)

## Diätenspende

# Für Handy und Trompete



Mit 175 Euro unterstützt Dr. Martina Bunge jeden Monat ein anderes soziales Projekt. Dieses Geld stammt aus einer Diätenerhöhung, die seit Jahresbeginn 2008 alle Bundestagsabgeordneten erhalten. Im Dezember ging das Geld an das psychosoziale Zentrum „Das Boot“ in Wismar. Geschäftsführerin Sandra Rieck nahm die Spende entgegen. Der Chor „Die Bootsingers“ wird

davon Instrumente kaufen. Die Diätenerhöhung vom November kam dem Verein „Frauen helfen Frauen e.V. Rostock“, speziell der Fachberatungsstelle gegen sexualisierte Gewalt, zugute. Das Geld wird für den Ausbau der mobilen Beratung in Rostock und im Landkreis Bad Doberan verwandt. Es sollen Handys für die bessere Erreichbarkeit angeschafft werden.

## Rentengipfel

am 24. Januar 2009 von 10 bis 16 Uhr  
Rostocker Stadthalle, Südring 90

**Die solidarische Rentenversicherung ist in Gefahr, Altersarmut droht. Gemeinsam wollen wir über Alternativen beraten.**

Veranstaltung mit Klaus Ernst (stellv. Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Bundestag), Dr. Martina Bunge (Verantwortliche der Fraktion für die Probleme der Rentenüberleitung), Dr. Herbert Bartsch (Bundesvorsitzender des BRH, Mainz), Cornelia Töpfer (verdi Nord), Alfred Spieler (Volkssolidarität) Über Ihr Kommen freuen wir uns.  
DIE LINKE. im Bundestag •  
DIE LINKE. im Landtag MV • Rosa-Luxemburg-Stiftung MV



## Nr. 10

Januar/Februar 2009

Höherbewertung muss bleiben

• Herzlos • Gegen Energie-Armut • Barrierefreier Tourismus gut für alle • Diätenspende • Rentengipfel

# klipp und klar.

Dr. Martina Bunge informiert

## Auf ein Wort

# Es geht auch anders

**Liebe Leserinnen,  
liebe Leser,**

an dieser Stelle möchte ich Ihnen zunächst noch alles Gute für 2009 wünschen. Die Bundeskanzlerin hatte ja schon im November ein Jahr mit schlechten Nachrichten angekündigt. Nicht zu Unrecht, wenn man sieht, wie die Regierung angesichts der Wirtschafts- und Finanzkrise herumdoktert. Zunächst sollten nur vier Milliarden Euro zur Ankurbelung der Konjunktur bereitgestellt werden. Nach Protesten strickten Union und SPD mit heißer Nadel das Konjunkturpaket Nr. II. Dabei geht es um 50 Milliarden Euro für zwei Jahre. Nicht genug, aber immerhin eine Stange Geld. Wir sollten genau schauen, wem das Paket nutzt und wer mit Brosamen abgeseigt wird.

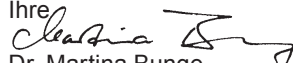
## Auf den Punkt

„Krieg löst keine Probleme, tötet immer Unbeteiligte und Unschuldige, schafft also nur weitergehende und neue Probleme.“

Fraktionsvorsitzender Gregor Gysi am 7. Januar 2009  
in der „Frankfurter Rundschau“ zum Krieg in Nahost

Die Diagnose ist eindeutig: Dieses Paket verschärft die soziale Schieflage. Diejenigen, die dringend Geld brauchen, gehen so gut wie leer aus. Das ist nicht nur unsozial, sondern auch kurzsichtig, denn Menschen mit niedrigen oder auch mittleren Einkommen, Rentnerinnen und Rentner, Hartz-IV-Empfänger und ihre Familien würden mehr kaufen, wenn sie zusätzliches Geld hätten und so die Konjunktur ankurbeln. DIE LINKE hat bereits vor Monaten ein Konjunkturprogramm vorgelegt, ebenfalls mit einem Umfang von 50 Milliarden Euro. Dafür sind wir als Populisten verhöhnt worden. Unsere Vorstellungen für Investitionen reichen buchstäblich von A wie Ausbau der Kinderbetreuung bis zu Z wie Zuschüsse für die Ab-

satzförderung von kleinen und mittleren Unternehmen in Ostdeutschland. Weitere Stichwörter sind öffentlicher Personenverkehr, Krankenhäuser, Gebäudesanierung, Breitensport. Einiges davon will die Bundesregierung angehen, aber: „auf Pump“. Wir wollen die Vermögenden stärker an der Finanzierung beteiligen. Wir denken an eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes und eine Vermögenssteuer. Auch eine Zwangsanleihe für Reiche ist möglich. Es gibt also Alternativen. Es muss nicht zwangsläufig bergab gehen ... In diesem Sinne grüßt Sie

Ihre  
  
Dr. Martina Bunge  
Vorsitzende des Gesundheitsausschusses

**DIE LINKE.**  
I M B U N D E S T A G

## LINKE: Höherbewertung muss bleiben

Viele, vor allem Ältere, haben am 4. Dezember mit großem Interesse die Übertragung aus dem Bundestag verfolgt. Das Thema Rentenangleichung stand auf der Tagesordnung.

Noch ist es so: Wer im Westen während seines Erwerbslebens ein Jahr lang ein Durchschnittseinkommen erzielt hat, erhält dafür derzeit 26,56 Euro Rente im Monat, ein Durchschnittsverdiener im Osten hingegen nur 23,34 Euro. Das halten viele Menschen in Ostdeutschland und auch meine Fraktion, DIE LINKE, für ungerecht. Wir haben deshalb bereits im Herbst 2007 dem Bundestag einen entsprechenden Antrag vorgelegt. Die Angleichung soll schrittweise bis spätestens

2012 erreicht sein. Zugleich muss – als Ausgleich für die immer noch niedrigen Einkommen im Osten – an der Höherbewertung der Löhne festgehalten werden. Nachdem das Thema Rentenangleichung seit dem Sommer vermehrt Gegenstand der öffentlichen Diskussion war, warteten viele gespannt, welche Argumente die anderen Parteien dazu ins Feld führen würden. Alle Rednerinnen und Redner gaben zu erkennen, dass sie dieses Problem gelöst sehen wollen – die Gretchenfrage ist nur, wann und unter welchen Bedingungen. Und da liegt der Hase im Pfeffer: Wie mit einer Stimme meinten alle anderen, bei einer Angleichung der Rentenpunkte müsste die Höher-

bewertung der Osteinkünfte entfallen. Diese, so hieß es, würde dazu führen, dass Rentnerinnen und Rentner im Westen benachteiligt werden. Gemeint waren damit die Bereiche, in denen die Ostlöhne über Tarifverträge den Westlöhnen angeglichen sind. Fakt ist aber, dass der Lohnabstand im Durchschnitt immer noch bei rund 20 Prozent liegt. Im Rentenrecht kann man aber nicht jeden Fall einzeln bewerten, da muss auch mit Durchschnittswerten agiert werden. Daher muss – solange diese Kluft besteht – eine Höherbewertung erfolgen. Sie erledigt sich von selbst, wenn sich Löhne und Gehälter generell angeglichen haben.

Antrag, DS 16/6734

### Antwort der Bundesregierung

## Unbefriedigend und einfach herzlos

Kürzlich habe ich eine Anfrage zum Thema Auffüllbeiträge und Kindererziehungszeiten an die Bundesregierung gerichtet. Das hatte folgenden Hintergrund: 2000 erfolgte eine Höherbewertung der Kindererziehungszeiten bei der Rente. Ostdeutsche Frauen mit Auffüllbetrag hatten davon zunächst nichts, denn die Summe wurde – wie alle anderen Erhöhungen – zur Abschmelzung des Auffüllbetrages eingesetzt. Dieses Vorgehen erklärte das

Bundessozialgericht 2005 für unzulässig. Erst nach geraumer Zeit setzte der Rentenversicherer dieses Urteil um, allerdings nur bei Vorlage eines Antrags. Viele Frauen wussten nichts von diesem Erfordernis und erfuhr eher zufällig, zum Beispiel durch die Super-Illu, mit großer Verspätung davon. Ich erkundigte mich nach der Informationspolitik der Bundesregierung und des Rentenversicherers. Die Bundesregierung machte deutlich, dass sie keine Defizite sieht:

Zum Beleg verwies sie auf zwei Pressemitteilungen des Bundessozialgerichts. Eine war vor der Entscheidung, die andere nach der Entscheidung von 2005 erschienen. Warum nicht wenigstens auf den Internetseiten des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales sowie der Rentenversicherung auf die Möglichkeit einer Antragstellung hingewiesen wird, blieb unbeantwortet.

Kleine Anfrage, DS 16/11317

### Gegen Energie-Armut

## Schecks und Preiskontrolle

Stromschulden und Stromabschaltungen sind auch in Mecklenburg-Vorpommern keine Seltenheit mehr. Gleichzeitig machen die Energiekonzerne Rekordprofite.

Meine Fraktion, DIE LINKE, hält eine sichere, umweltfreundliche und bezahlbare Versorgung für geboten. Der Weg dahin führt über Energieeinsparung, Energieeffizienz und erneuerbare Energien, zum Beispiel aus Wind oder Sonne. Als unmittelbare Hilfe für Menschen in Not wollen wir die Stromversorger verpflichten, Sozialtarife anzubieten. Diese sollten bei 50 Prozent des jeweils günstigsten Tarifs liegen. Kostenfreie Energieberatungen könnten zu Einsparungen anregen. Generell sollte

belohnt werden, wer einen Stromverbrauch unterhalb des Durchschnitts hat. Das würde dem Portmonee gut tun und zugleich die Umwelt schonen. Ein Energiesparfonds von 1,5 Milliarden Euro pro Jahr soll verschiedene Programme für private Haushalte sowie für Unternehmen und Verwaltungen finanzieren. An einkommensschwache Haushalte könnte ein „Klima-Scheck“ in Höhe von 250 Euro ausgeben werden – einzulösen beim Kauf von energiesparenden Haushaltsgeräten. Damit die Energiekonzerne nicht wie bisher schalten und walten können, verlangen wir eine wirksame Strompreisaufsicht bei den Ländern und eine Offenlegung der Tarife.

Antrag, DS 16/10510

### Barrierefreier Tourismus

## Gut und nützlich für alle

Wenn einer eine Reise tut ... dann kann er nicht nur Schönes erleben, sondern auch viel Beschwerliches. Besonders, wenn er behindert oder schon etwas älter ist oder sich mit Kindern auf Fahrt begibt. „Barrierefreier Tourismus“ ist hier das Stichwort. Meine Fraktion setzt sich dafür ein, dass dieses Prinzip überall in Deutschland durchgesetzt wird. Für Mecklenburg-Vorpommern als Urlaubs- und „Gesundheits“land hat es besondere Bedeutung – und diese Bedeutung wird mit der Alterung der Gesellschaft wachsen.

„Barrierefrei“, das fängt damit an, ob die Bahn gut zugänglich ist, und reicht bis zum einfühlsamen Umgang mit behinderten Gästen. Deshalb geht es nicht nur um bauliche Voraussetzungen (so wichtig sie auch sind), sondern zum Beispiel auch um die Ausbildung derjenigen, die im Tourismus arbeiten. In unserem Antrag heißt es: „Barrierefreiheit ist für zehn Prozent der Bevölkerung unentbehrlich, für 30 bis 40 Prozent notwendig und für 100 Prozent komfortabel.“

Antrag, DS 16/10317

## Drucksache

### Initiativen der Fraktion

**Kindergeld und Hartz IV.** Auch die Familien in Hartz IV sollen etwas von der Kindergelderhöhung haben. Bisher wird sie auf die Regelleistungen angerechnet.

Antrag, DS 16/10616

### Jüdisches Leben.

70 Jahre nach der Reichspogromnacht am 9. November 1938 hat jüdisches Leben in Deutschland wieder Wurzeln geschlagen. Dies gilt es zu fördern.

Antrag, DS 16/10776

### Schutz bei Kapitalanlage.

Tausende haben durch Falschberatungen ihre Rücklagen verloren. Die Beratungspflichten sind deshalb zu erweitern und die Haftung der Finanzinstitute zu verschärfen.

Antrag, DS 16/11185

### Tariffucht verhindern.

Bei einem Betriebsübergang, zum Beispiel durch Verkauf, muss gewährleistet werden, dass sich die Bedingungen für die Beschäftigten keinesfalls innerhalb eines Jahres verschlechtern.

Antrag, DS 16/10828

### Vorrang für Erdkabel.

Beim Ausbau von Stromübertragungsleitungen ist die Mitsprache von Bürgerinnen und Bürgern sowie Gemeinden zu sichern. Erdkabel müssen Vorrang vor Freileitungen haben.

Antrag, DS 16/10842